

Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Rahel Ruch, JA!): „My Bag Is Not Plastic“ - Die Stadt Bern als plastiksackfreie Zone

Jeder Mensch verbraucht durchschnittlich 288 Plastiksäcke im Jahr, wobei ein Sack durchschnittlich eine halbe Stunde verwendet wird. Plastiksäcke werden aus Erdöl hergestellt, also aus einem begrenzt verfügbaren Rohstoff, welcher aufgrund der übermässigen Verwendung in absehbarer Zeit erschöpft sein wird. Die massenhafte Produktion und Verwendung von Plastiksäcken beschleunigt die Ausschöpfung der Erdölvorräte noch mehr und dies, obwohl unzählige alternative Materialien für Säcke verwendet werden könnten, wie zum Beispiel Stoff oder Papier.

Dazu kommt, dass aus Erdöl hergestellte Plastiksäcke nicht biologisch abgebaut werden können. Stattdessen zerfallen sie in immer kleinere Teile, bis sie schliesslich nach 400 Jahren die Grösse eines Sandkorns aufweisen. Zwar wäre es möglich, die Plastiksäcke zu recyceln, dies ist jedoch mit hohen Kosten verbunden. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass nur gerade 1% der Plastiksäcke recycelt werden. Die nicht mehr benutzen Plastiksäcke werden stattdessen verbrannt oder eben auch nicht und über den ganzen Erdball verteilt, was auf der ganzen Welt zur Verschmutzung der natürlichen Umwelt, insbesondere der Meere führt.

Aufgrund der Tatsache, dass mit Plastiksäcken ein wichtiger Rohstoff auf sinnlose Weise aufgebraucht wird und dass damit verheerende Folgen für Natur und Tiere verbunden sind, haben mittlerweile viele Länder und einzelne Städte den Gebrauch von Plastiksäcken verboten oder die Plastiksäcke zumindest als gebührenpflichtig erklärt – beispielsweise Südafrika, Ruanda, China, Bangladesch, Australien, Irland, Los Angeles, San Francisco und verschiedene englische und österreichische Städte.

Was in anderen Ländern und Städten bereits umgesetzt ist, soll auch in der Stadt Bern Realität werden. Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat deshalb dazu auf, mögliche Szenarien zur Verringerung der Benutzung von Plastiksäcken in der Stadt Bern zu prüfen. Denkbar wären zum Beispiel ein Verbot von oder eine Gebührenpflicht für Plastiksäcke mit einer zweckgebundenen Verwendung der eingenommenen Gebühren.

Bern, 7, April 2011

Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Rahel Ruch, JA!), Jeannette Glauser, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Aline Trede, Hasim Sancar, Stéphanie Penher

Antwort des Gemeinderats

Ein zurückhaltender Einsatz von Erdölprodukten, insbesondere wenn diese nur einmal verwendet werden, ist ein berechtigtes Anliegen. Wie die Postulantinnen und Postulanten richtig festhalten, sind deshalb weltweit bereits vielerorts Plastiksackverbote in Kraft. Besonders in Küstenregionen, wo ein grosser Teil der verwendeten Plastiksäcke im Meer landen oder in Gegenden ohne Müllverbrennungsanlagen, ist ein Verbot von Plastiksäcken aus ökologischen Überlegungen sinnvoll.

Die Umweltbelastung (Ökobilanz) eines Produktes setzt sich aus allen Umwelteinflüssen zusammen, von der Rohstoffgewinnung bis zum Ende des Lebenszyklus'. Somit spielt es eine Rolle, ob ein Plastiksack rezykliert, verbrannt, deponiert oder vom Wind ins Meer verfrachtet wird. In Bern wird der Grossteil der verwendeten Säcke der Kehrichtverbrennung zugeführt, womit nicht nur einer Akkumulation in der Umgebung entgegengewirkt wird, sondern auch Fernwärme und elektrischer Strom produziert werden. Es bleibt jedoch unbestritten, dass ein sparsamerer Verbrauch von Tragtaschen (aus welchem Material auch immer) und eine mehrmalige Verwendung derselben sowohl die Ressourcen als auch die Umwelt schont.

Die im Postulat erwähnten Alternativen zum Plastiksack - Papier- und Stoffsack - wurden 2008 in einer Studie der EMPA¹ genauer analysiert. Die Studie kommt zum Schluss, dass Plastiksäcke im Vergleich zu Papier- und Baumwollsäcken bei einfacher Verwendung die ökologisch sinnvollste Wahl sind. Dies aufgrund der aufwändigen Produktion von Baumwolle und Zellstoff. Ein Papiersack muss gemäss der Studie mindestens doppelt so oft und der Baumwollsack ungefähr zehn Mal so oft verwendet werden, damit die Umweltbelastung zu deren Gunsten ausfällt.

Auf nationaler Ebene verlangte im Jahr 2008 die Motion de Buman²: „Verbot von Wegwerf-Plastiksäcken“ vom Bundesrat ebenfalls ein Verbot von Plastiksäcken. Der Bundesrat ortete in seiner Antwort zwar Optimierungspotenzial bei der Gratisabgabe von Säcken an Kassen von Grossverteilern, erachtete ein Verbot aber als unverhältnismässig. Auf kantonaler Ebene wurde 2008 die Motion „Jute statt Plastik“ (Barth, parteilos)³ vom Berner Regierungsrat ebenfalls abgelehnt. Insbesondere bezweifelt der Berner Regierungsrat in seiner Antwort, dass das Bundesrecht eine kantonale Gebührenpflicht auf Plastiksäcken zuliesse. Eine Gebührenpflicht auf kommunaler Ebene ist daher ebenfalls höchst fraglich.

Auch wenn Plastiksäcke in Ökobilanzvergleichen verhältnismässig gut abschneiden, muss die ungebremste Produktion von Wegwerfartikeln aus Erdöl mittel- bis langfristig hinterfragt werden. Wie die Postulantinnen und Postulanten richtig feststellen, sind die Erdölreserven begrenzt und werden irgendwann erschöpft oder mindestens ökonomisch unrentabel sein. Aus ökologischen Überlegungen stellt die Stadt Bern deshalb seit mehreren Jahren den Schulen auf Gemeindegebiet den Abfallunterricht zur Verfügung. Die Schüler der verschiedenen Stufen (Kindergarten, 2., 5. und 8. Klasse) lernen damit frühzeitig einen schonenden Umgang mit nicht-erneuerbaren Ressourcen. Durch konkretes Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten wird mittelfristig ein sparsamerer Umgang mit nicht-erneuerbaren Ressourcen erreicht.

Zusammenfassend hält der Gemeinderat fest, dass verschiedene Studien und Antworten zu ähnlichen parlamentarischen Vorstössen zum Schluss gelangten, dass sich die im Postulat geforderten Massnahmen ökologisch nicht rechnen und die Umsetzungsmöglichkeiten juristisch fraglich sind. Aus diesen Gründen schlägt der Gemeinderat vor, das Postulat abzulehnen.

¹ Swiss Federal Laboratories for Materials Testing and Research, Lerchenfeldstrasse 5, CH-9014 St. Gallen, Dezember 2008: Ökobilanz von Tragtaschen.

² Eingereicht am 13. Juni 2008.

³ Eingereicht am 28.11.2007

Folgen für das Personal und die Finanzen

Finanzielle Folgen bestünden im Umfang der eingeforderten Gebühren. Eine Gebührenpflicht ist wie dargelegt jedoch juristisch höchst fraglich.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 21. September 2011

Der Gemeinderat